# Wilsdruffer Tageblatt

**Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.**

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

**Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend**

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

**Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.**

Nr. 63 — 88. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" — Wilsdruff-Dresden — Postscheck: Dresden 2640 — Freitag, den 15. März 1929


## Selbsterziehung.

**Reformen der Reichstagsverhandlungen**

Der Reichstag ist in Wirklichkeit doch besser als — sein Ruf. Denn der Außenstehende, der „Urwähler", hört im allgemeinen — leider — doch nur das, was sich im Plenarsaal abspielt, achtet zuwenig darauf, daß die eigentliche Arbeit in den zahlreichen Ausschüssen geleistet wird. Und daß dort eine wirkliche Aussprache, ein wirkliches Debattieren stattfindet, während man von einer solchen „Aussprache" im Plenum kaum reden kann. Ab und zu, aber viel zu selten sind Versuche unternommen worden, hier eine lebendigere Form etwa dadurch zu finden, daß abwechselnd der Befürwortung oder der Ablehnung irgendeiner Gesetzesvorlage oder eines Antrages das Wort gegeben wurde, — aber diese Abweichung von dem sonst üblichen Ablauf der „Debatte" hat man leider viel zu selten zugelassen und im allgemeinen bleibt für die Rednerfolge die Stärke der Fraktionen nach wie vor maßgebend.

Übrigens auch für die — Länge der Reden. Denn in dem fast humoristisch anmutenden Kampf gegen die „Dauerreden", dem schon das — Pult auf der Rednertribüne des Reichstagssitzungssaales zum Opfer fiel, soll jetzt, wie im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beantragt wurde, die Redezeit grundsätzlich auf eine halbe Stunde beschränkt werden — aber die Fraktionen, die mehr als 30 Mitglieder haben, sollen die doppelt so lange Redezeit zugebilligt erhalten. Warum eigentlich? In allen wichtigeren Dingen stimmen die Fraktionen ja doch geschlossen so, wie man es vorher im Beratungszimmer der Fraktion vereinbart hat. Und die nüchterne Feststellung ist vielleicht etwas übertrieben, aber im Kern richtig, daß nämlich im Plenarsaal des Reichstages noch nie oder sehr, sehr selten irgendein Redner einen politischen Gegner zur Änderung seiner Ansicht bekehrt habe. Übrigens sind diese Gegner in der Regel überhaupt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Gewiß hat die Geschäftsordnung des Reichstages nicht zum mindesten die Aufgabe, die Minderheit gegen zahlenmäßige Vergewaltigung zu schützen; aber sie schießt entschieden über dieses Ziel hinaus, wenn sie es z. B. zuläßt, daß der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten genügt, um einen vielleicht sehr eiligen Antrag oder Gesetzentwurf gleich in allen drei Lesungen zu erledigen. Ein paarmal hat ein solcher Widerspruch im Reichstag und im Preußischen Landtag zu überaus turbulenten Szenen, ja sogar zu Prügeleien geführt. Jetzt wird vorgeschlagen, daß mindestens 30 Abgeordnete einen solchen Widerspruch gegen die sofortige Erledigung erheben müssen, um die dritte Lesung, also die endgültige Beschlußfassung auf einen späteren Termin verschieben zu können. Andererseits bedeutet es einen Ausbau des „Minderheitenrechts", wenn jetzt bei den Berichten über die Arbeit der Ausschüsse immer auch die Ansichten und Vorschläge der dort überstimmten Minderheit ausdrücklich als besondere Anlagen dem Plenum mitgeteilt werden sollen. Das ist übrigens beim Reichswirtschaftsrat schon längst gebräuchlich, während die Ansichten dieser Minderheiten in der bisherigen Form der Ausschußberichte im Reichstag meist zu kurz kamen, von einem nicht ganz objektiven Berichterstatter bisweilen auch einfach beiseitegelassen wurden.

Aber der Reichstag soll noch durch eine andere neue Bestimmung der Geschäftsordnung dafür sorgen, daß sein Ruf sich bessere. Und der Weg, den er hierfür einschlägt, besteht in einer weiteren Stärkung der Befugnisse seines Präsidenten. Fast wie ein absoluter König thront der „speaker", der „Sprecher" des englischen Parlaments, auf dem traditionellen „Wollsack" wie seine Vorgänger die siebenhundert Jahre englischer Parlamentsgeschichte hindurch, und es ist noch gar nicht so lange her, als dort noch an der Schranke des Saales Mitglieder des „Hauses der Gemeinen" kniend Abbitte leisten mußten, wenn sie gröblich gegen die Ordnung des Parlaments verstoßen hatten. Jetzt soll der deutsche Reichstagspräsident Interpellationen oder Anfragen zurückweisen dürfen, die Beleidigungen oder Beschimpfungen enthalten; jetzt soll auch das Ausschlußverfahren gegen besonders renitente Abgeordnete kürzer und schärfer geregelt werden und diese neuen Bestimmungen will man auch ausdehnen auf die Sitzungen der Ausschüsse, wo es aber erfreulicherweise zu derart wilden Zusammenstößen wie im Plenum bisher nicht gekommen ist.

Es ist schon jetzt mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die kommenden Verhandlungen über den Reichshaushalt und wohl auch über die Neuregelung des Dawes-Plans zu den üblichen scharfen Auseinandersetzungen im Reichstag führen werden, — aber trotzdem kann das deutsche Volk von seiner parlamentarischen Vertretung verlangen, daß diese Kämpfe in einer würdigen Form geschehen; früher hatte das Wort von der guten „parlamentarischen" Ausdrucksweise noch den mit ihm gemeinten Sinn, aber allzuviel ist geschehen, was diese „parlamentarische" Form in Mißkredit brachte, in das Gegenteil jenes Lobes umänderte. Der Reichstag wird also ein wenig Selbsterziehung üben müssen.

# Ernste Finanzlage des Reiches

## 379 Millionen neue Steuern.

**Der Reichsfinanzminister über den Etat 1929.**

Berlin, 14. März.

Finanzielle Auseinandersetzungen pflegen in der Regel hartnäckig, manchmal verbissen, aber sehr selten unterhaltend und für dritte anregend zu sein. Da es sich aber heute im Parlament um mehr als um die größere oder geringere Füllung des Reichssäckels handelt, hat man fast behauptet, daß entschieden werden soll über die ganze innere Entwicklung der nächsten Zukunft, um Gedeih und Verderb der Wirtschaft, um die Existenz des jetzigen, nur noch mühsam auf den Beinen stehenden Kabinetts. So hätte größere Aufmerksamkeit der Volksboten und auch des sonst bei weniger wichtigen Anlässen in Fülle herbeiströmenden Publikums vorausgesetzt werden können. Dünne Besetzung der Abgeordnetenbänke, fast leere Tribünen sah der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vor sich, als er den bekannten mammutartig angeschwollenen Haushaltsanschlag für 1929 begründete und die Ankurbelung der Steuerschraube verteidigte. Zum mindesten bat der Schatzmeister des Reiches, Dr. Hilferding, um schleunigste Erledigung des Notetats. „Dr. Eisenbart" riefen ihm die Kommunisten zu. Der Sozialdemokrat Dr. Hertz sekundierte dem parteiverwandten Finanzminister, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Oberfohren lehnte dessen Pläne temperamentvoll bis auf das letzte Fäserchen ab unter der lebhaften Zustimmung seiner politischen Freunde. Glimpflicher verfuhr der Zentrumsredner Dr. Brüning, der gründliche Prüfung und wohlwollende Unterstützung der Regierung verspricht, Absichten auf Kürzung der sozialen Fürsorge und sonstige — wie er sagt — unüberlegte Streichungsgelüste ablehnt. Der Reichskanzler müsse sehen, die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Wenn sie einmal ganz versunken sei, würde das Zentrum alle Mitschuld an der Katastrophe abweisen. Ein Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Severing, den die Nationalsozialisten durch ihren Vertreter, den Abg. Frick, auf die Tagesordnung setzen wollten, weil Severing nach ihrer Meinung die Kommunisten in den Gefechten mit den Nationalsozialisten begünstige, verfiel der heiteren Ablehnung des Hauses.

Der Nationalsozialist Strasser und der Sprecher der Christlich-nationalen Bauernpartei, Abg. v. Sybel, schließen wider Erwarten und unvermutet den Reigen von heute. Über eine längliche Geschäftsordnungsdebatte kommt man zum Schluß. Morgen wird man weiter sehen. lo.

*

### Sitzungsbericht.

(35. Sitzung.) CB. Berlin, 14. März.

Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: Antrag auf Freigabe einer Notreserve für 10 000 ausländische Arbeitskräfte und der Nachtragsetat für das Jahr 1928 werden zurückgesetzt. Das Haus geht sofort zur ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1929 über.

### Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

nimmt sofort das Wort und leitet die Debatte mit einer längeren Darstellung ein. Es sei die Hauptaufgabe der Aufstellung des Etats für 1929 gewesen,

**völlige Klarheit über die finanzielle Lage des Reiches zu gewinnen.**

Beeinflußt sei die jetzige Lage durch die Gestaltung der außerordentlichen Etats für 1926 und 1927, besonders durch das damals aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es seien verschiedene unbrauchbare Vorschläge inzwischen gemacht worden, aber nach Erschöpfung der Deckungsmöglichkeiten sei in der Kasse ein Defizit von über 500 Millionen entstanden, das durch kurzfristige Anleihen gedeckt werden mußte. In den letzten Monaten hat sich die Kassenlage besonders verschlechtert, nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit.

**Die Situation ist ernst,**

aber es gehört doch schon ein besonderes Maß verantwortungsloser Böswilligkeit oder politischer Unkenntnis dazu, die Gelegenheit zu benutzen, um das Schreckbild einer Inflation an die Wand zu malen. Es handelt sich nicht um eine Schuldenwirtschaft des Reiches, sondern um einen vorübergehenden Mangel an Mitteln in der Kasse. Es muß unter diesen Umständen das Bestreben des Finanzministers sein, den außerordentlichen Haushalt möglichst klein zu halten. Das sei gelungen. Außerdem habe er Maßnahmen vorgeschlagen, um in Zukunft zu verhindern, daß Ausgaben über den außerordentlichen Etat ohne tatsächliche Deckung vorgenommen würden.

Dr. Hilferding geht nun zum ordentlichen Haushalt über, der stärker als jeder vorhergehende

**unter dem Zeichen der Reparationslast**

steht. Auf die Reparationsfrage selber könne er, während noch in Paris die Verhandlungen schweben, nicht eingehen. Notwendig sei es aber, das Gleichgewicht im Haushalt aufrechtzuerhalten. Ein Betrag von über 600 Millionen müsse gedeckt werden, ein Defizit sollte unter allen Umständen vermieden werden. Es blieben nur Streichungen, Kürzungen der Überweisungssteuern und Steuererhöhungen übrig.

**Steuererhöhungen könnten dabei nur als letztes Mittel in Betracht kommen.**

In erster Linie sei der Weg der Sparsamkeit beschritten worden. Die Regierung sei auch bereit, weitere Streichungen zu unterstützen. Sie dürfe aber nicht so weit gehen, um wirtschaftlich so unvernünftig zu sein, dann einfach im nächsten Jahre die gleichen Posten wiederzubringen. Der Minister kommt nunmehr auf

**die Deckungsvorlagen**

zu sprechen. Die Kürzung der Steuerüberweisungen der Länder und Gemeinden sei gerechtfertigt, wenn man den Zwang der Reparationslast bedenkt. Es bliebe den Ländern und Gemeinden eine Gesamtsumme übrig, die die Soll-Überweisungen von 1928 noch übersteigt. Aber trotz dieser Kürzungen und trotz der Höherschätzung der Steuererträge sind Steuererhöhungen im Betrage von insgesamt 379 Millionen erforderlich. Das Schwergewicht sollte man dabei auf

**die Alkoholsteuer**

legen. In England bringe der Branntwein das Vierfache, das Bier sogar das Fünffache der deutschen Besteuerung. Es seien die Gründe gegen die Erhöhung nicht ganz zu verkennen, aber man dürfe sich eine künftige Reform nicht verbauen. Diese künftige Reform müsse vor allem auf die Beseitigung der Zuckersteuer und auf die Milderung der direkten Steuern gerichtet sein. Die Reichsregierung halte es für richtig, den Versuch zu machen, die Streitigkeiten mit den Ländern über ihre Ansprüche auf dem Wege des Ausgleichs zu lösen.

Der Minister behandelt dann die verspätete Einbringung des Etats und sagt, diese sei in erster Linie eine Folge der politischen Verhältnisse. Es sei leider nicht gelungen, eine feste Finanzgrundlage zu schaffen. Deshalb sei

**ein Notetat eingebracht**

worden, um dessen Verabschiedung er dringend bitte. Die Verantwortung der jetzigen Regierung würde durch alle Angriffe nicht berührt. Die letzte Verantwortung liege beim Reichstag und bei den Parteien. Er richtet die Mahnung an den Reichstag, mit gesammelter Kraft an die Aufgaben der nächsten Zukunft zu denken und in gemeinsamer Arbeit die Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Minister kündigt eine Revision der Arbeitslosenversicherung an und schließt mit den Worten: Die Regierung werde keinem Antrage zustimmen, der die Reichsfinanzen neu belastet. Die Regierung stehe zu diesem Entschluß mit Entschiedenheit und unter Einsetzung ihrer politischen Existenz. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) bringt unter vielfacher Heiterkeit einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsminister Severing ein wegen der vielfachen Vergewaltigung der Nationalsozialisten und der Stahlhelmer in der letzten Zeit durch Kommunisten. — Nunmehr beginnt

**die allgemeine Aussprache,**

die voraussichtlich bis Montag dauern wird.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) führt aus, die schlechte Finanzlage sei nicht durch die jetzige Regierung, auch nicht durch die vorjährige Senkung der Lohnsteuer herbeigeführt worden, sondern schon seit 1926 schleppen die Reichskassen ein beträchtliches Defizit mit sich. Die Sozialdemokraten seien gegen jedes offene oder verschleierte Defizit im Haushalt. Die Denkschrift des Hansabundes könne nicht einmal behaupten, daß bei Durchführung ihrer Streichungsvorschläge neue Steuern vermieden werden. Es sei bei diesen Streichungsvorschlägen

**mit großer Leichtfertigkeit**

und mit Unkenntnis vorgegangen worden. Nach dem Zeugnis der Banken habe sich die Kapitalbildung in Deutschland günstig gestaltet. Sie dürfe aber nicht auf die wenigen großen Konzerne und Großverdiener beschränkt bleiben. Die Sozialdemokraten seien mit der Kürzung der Länder- und Gemeindeanteile einverstanden, wollten aber nicht über den Regierungsplan hinausgehen. In der Alkoholbesteuerung liegen noch Gewinnmöglichkeiten. Besitzsteuern müssen größere Erträge ergeben. Besteuerung der öffentlichen Betriebe lehnt der Redner ab.

Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) führt aus, die Einbringung des Etats sei

**eine Bankerotterklärung des gegenwärtigen Reichskabinetts.**

Weder allgemeinpolitisch noch finanztechnisch habe sie sich den jetzigen Schwierigkeiten gewachsen gezeigt. Bei allen Angriffen auf die frühere Rechtsregierung sei es nicht zu leugnen, daß diese Hervorragendes und Dauerhaftes geleistet habe. Die Methode, mit der man sich jetzt zu helfen suche, könne nur als Pumpwirtschaft bezeichnet werden. Abg. Dr. Oberfohren geht auf die einzelnen Steuervorschläge ein; sie würden von den Deutschnationalen allgemein und grundsätzlich abgelehnt. Die Gesamtsteuerlast in Deutschland sei nicht mehr steigerungsfähig. Der Redner fordert Ausgabensenkung bei der Übersteigerung des Verbrauchs für öffentliche Einrichtungen und für den Behördenapparat. Unsere Gegner im Auslande würden an ihrer Ausraubungsabsicht um so mehr festhalten, wenn man die deutsche Wirtschaft für fähig halte, die jetzigen gewaltigen Steuererhöhungen aufzubringen. Wirkliche Reformen kann nur die

**Erlösung von den Dawes-Lasten**

bringen. Die Deutschnationale Volkspartei werde noch einmal eingesetzt werden, wenn es sich um die Erlangung eines wahren Friedens im Sinne der Befreiung von den Reparationslasten handele.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.): Seit Jahren sei von allen Seiten betont worden, das Jahr 1929 werde der Höhepunkt der deutschen Finanznot sein. Es liege deshalb kein Anlaß vor, gegen den jetzigen und den letzten Finanzminister Angriffe zu erheben. Wenn jetzt auch außerordentliche Verhältnisse vorliegen, so sei es bedenklich, die Deckung in dauernden Steuern zu suchen. Weniger gefährlich sei es,

**Zuschläge zu vorhandenen Steuern**

zu bewilligen. Der Wettbewerb der Parteien und Organisationen um Rekordstreicherei führe nicht zum Ziel. Das Zentrum werde jedenfalls solchen Streichungen nicht zustimmen, die eine Erhöhung der Realsteuern bringen. Bei


Bleyle's Sweaterkleidung (Auszug aus dem Bleyle-Katalog)
Größen-Nummer 0/90 2/110 4/130 6/150

Bleyle's Anknöpfer und Kinderkleidchen

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff